

Buch Pleite

Griechenland, der Euro und die Staatsschuldenkrise

Matthew Lynn Bloomberg, 2011 Auch erhältlich auf: Englisch Listen now

- play
- pause

00:00

Rezension

Spannender als dieses Buch über den Fall Griechenlands, die internationale Staatsschuldenkrise und den krankenden Euro kann kein Thriller sein. Autor Matthew Lynn zeigt, wie Politik, Finanzwelt und Gesellschaft über Jahre hinweg die Augen vor dem Offensichtlichen verschlossen haben, nämlich, dass Schulden nicht mit neuen Schulden abgebaut werden können und dass der Euro weniger ein Segen für die Volkswirtschaft als deren Untergang sein könnte. Deshalb, so Lynns mit plausiblen Argumenten untermauerte Meinung, sollte der Euro in seiner jetzigen Form abgeschafft werden. Lynn entwirft dafür konkrete und begehbare Wege und führt öffentlich rauf- und runtergebetete und selten hinterfragte Mantras à la "Der Euro muss um jeden Preis erhalten werden" ad absurdum. Man wird mit neuen und vielleicht bislang undenkbaren Ideen konfrontiert und erkennt am Ende des Buches, dass eine Weltwirtschaft ohne Euro nicht halb so dramatisch sein muss, wie es führende EU-Politiker gerne behaupten. Wer wissen will, wohin Europa und die Weltwirtschaft steuern, kommt um dieses provokante Buch keinesfalls herum, findet BooksInShort.

Take-aways

- Griechenland konnte dank dem Euro noch mehr als schon zuvor auf Pump leben.
- Auch andere EU-Staaten, vor allem die südlichen, nutzten rege den billigen Geldfluss der Europäischen Zentralbank.
- Als es zur weltweiten Schuldenkrise kam, wurden erneut günstige Kredite bereitgestellt, statt dass man über Sparsamkeit nachgedacht hätte.
- Neben der Verschuldung krankt Griechenland auch an einer exportschwachen Wirtschaft und an Korruption.
- Als Antwort auf die Schuldenkrise präsentierte Griechenland ein ehrgeiziges Sparprogramm, gegen das die Bevölkerung auf die Barrikaden ging.
- Im Mai 2010 verabschiedeten die EU-Länder ein Rettungspaket über 750 Milliarden Euro für defizitäre Mitgliedsländer.
- Kritiker stuften das Rettungspaket als nutzlos ein, da es statt Wachstum nur die Deflationsspirale beschleunige.
- Die Abschaffung des Euro, früher nur als Katastrophenszenario bemüht, wird plötzlich ernsthaft diskutiert.
 Alternativ könnte auch nur Deutschland oder nur Griechenland zur nationalen Währung zurückkehren.
- Ohne Euro hätten die meisten EU-Staaten dank einer moderaten Währungsabwertung gute Chancen zu wachsen.

Zusammenfassung

Plötzlich Euroland

Als Griechenland – nach einer anfänglichen Ablehnung – der Zutritt zum Euroraum gewährt wurde, wunderten sich viele Ökonomen. Denn der Euro, so hatten es sich vor allem die Deutschen gewünscht, sollte den teilnehmenden Volkswirtschaften Stabilität und Wachstum bringen – und auch abverlangen. Dafür durfte das Haushalts-

defizit bei nicht mehr als 3 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP) liegen. Die Staatsverschuldung Griechenlands betrug 1990 74 % des BIP, das Haushaltsdefizit lag bei 15 %. Die Wirtschaft des Landes war fast ausschließlich durch Staatsausgaben angekurbelt worden. Exportfähige Produkte und Dienstleistungen gab es kaum. Zwischen 1999 und 2001 gelang es den Griechen dann auf geradezu märchenhafte Weise, die Stabilitäts- und Wachstumskriterien zu erfüllen. Quasi über Nacht sank das Haushaltsdefizit auf 1 % vom BIP. Die Staatsverschuldung stieg nur noch moderat. Selbst die Inflationsrate konnte sich mit unter 5 % sehen lassen. Es gab also keinen Grund mehr, Griechenland außen vor zu lassen. Für die Griechen erfüllte sich damit ein lang gehegter Wunsch: Als Euroland kam man zu zinsgünstigen Krediten. Die Nachfrage nach Staatsanleihen stieg rasant.

Party im "Club Med"

Auch die anderen südlich gelegenen EU-Länder freuten sich über den Geldfluss, den der Euro ihnen bescherte. Günstige Zinssätze der Europäischen Zentralbank (EZB) sorgten für eine Verschuldung nicht nur der Regierungen, sondern auch der privaten Haushalte, wie beispielsweise in Spanien: Immobilien konnten so günstig wie nie zuvor finanziert werden. Schließlich ließ sich so auch der relativ hohen Inflationsrate von 4 % ein Schnippchen schlagen. Die Immobilienpreise stiegen zwischen 1990 und 2009 um 80 %. Kreditlaufzeiten von 50 Jahren waren normal. In Portugal und Irland sah es ähnlich aus. Exportländer wie Deutschland profitierten von diesem Boom auf Pump. Und natürlich die Banken, die sich mit den Krediten eine goldene Nase verdienten. Die drei deutschen Wirtschaftsprofessoren Hankel, Starbatty und Nölling sowie der Rechtswissenschaftler Schachtschneider erkannten die Schwachstellen des Euro und zogen vor das Bundesverfassungsgericht. Sie argumentierten, dass

- die Volkswirtschaften der Teilnehmerländer zu verschieden seien,
- · der Kontrollmechanismus zu schwach sei und damit
- die Preisstabilität gefährdet würde.

"Wenn es möglich wäre, dass eine Währung sich ein behagliches Paar Hausschuhe anziehen und sich eine Tasse heißen Kakao kochen könnte, dann wäre es genau das, was der Euro tun würde."

Damals wurden die Experten jedoch für ihre Bedenken als "extreme Randgruppe" abgetan und quasi davongejagt.

Schulden durch neue Schulden bekämpfen

Die südlichen Eurostaaten verschuldeten sich immer stärker. Statt die Ausgaben zu drosseln und eine wettbewerbsfähige Wirtschaft zu schaffen, nahmen sie immer weitere Kredite auf. Diese Strategie war aber nicht nur bei diesen so genannten "Club Med"-Ländern populär, sondern bei allen Staaten, wie sich beim G-20-Gipfel am 2. April 2009 in London zeigte. Die weltweite Schuldenkrise sollte mit einer exzessiven Ausweitung der Staatsausgaben behoben werden. Das geschnürte Maßnahmenpaket schloss neben Geldern für den öffentlichen Sektor auch Notfallkredite für angeschlagene Banken ein. Diese waren ins Straucheln geraten, als ihre undurchsichtigen Finanzprodukte, basierend auf faulen Krediten, keine Käufer mehr fanden. Eine weitere Maßnahme wird in Fachkreisen als "quantitative Lockerung" bezeichnet. Dieser abstrakte Begriff steht für drastische Zinssenkungen bzw. die Emission von neuem Geld, wodurch letztlich aber nur die Schulden weiter steigen und die Inflation weiter angeheizt wird. Banken bekamen von der EZB für ca. 1 % Zinsen jede Summe, die sie wollten. Dafür kauften sie Staatsanleihen, wie beispielsweise von Griechenland, die ca. 4 % Rendite erzielten. Die EZB wiederum akzeptierte solche Anleihen als Bürgschaft – für die Banken ein Geschäft, dem sie nicht widerstehen konnten.

Willkommen im Schlaraffenland!

Im September 2004 gab die Europäische Kommission zu, dass Griechenland mit "signifikanten Irrtümern in der Rechnungslegung" in die Währungsgemeinschaft aufgenommen worden war. Man hatte, so gestand der griechische Finanzminister am Tag danach, von Anfang an gelogen, um den Euro zu bekommen. Die Zahlen seien allesamt manipuliert und schöngerechnet worden. Statt der angegebenen 2 % Haushaltsdefizit beispielsweise lag der Satz nach der Neubewertung bei 4,1 % vom BIP. Auch Eurostat, die Statistikbehörde der EU, kam zu dem gleichen Ergebnis: Griechenland hatte die Kriterien für den Euro niemals wirklich erfüllt. Bestraft wurde das Land dennoch nicht. Bei genauerem Hinschauen wurde erst das wahre Ausmaß des Betrugs deutlich. Die Regierung war nicht in der Lage, Steuern mit der gebotenen Härte einzutreiben. Der Großteil der Bevölkerung gab Einkünfte auf der Steuererklärung schlicht nicht an. Hinzu kam eine ausufernde Korruption; Geld floss in dunkle Kanäle statt in die Regierungskasse. Von den Staatsausgaben ganz zu schweigen: Die Rente beträgt in Griechenland beispielsweise durchschnittlich 96 % des Arbeitslohns, und das bei einem Renteneintrittsalter von 58 Jahren.

Griechenland in der Schuldenkrise

Mit der ersten Herabstufung der griechischen Staatsanleihen durch Standard & Poor's am 7. Dezember 2009 wurde klar: Griechenland ist so hoch verschuldet, dass es sich nicht selbst aus dieser Falle befreien kann. In der Folge wurde das Rating immer schlechter. Die EU-Staaten versprachen zwar zunächst Solidarität, beriefen sich aber auf den Vertrag von Maastricht, demzufolge jeder Mitgliedsstaat solche Probleme eigenverantwortlich zu bewältigen hat. Ministerpräsident Giorgos Papandreou beteuerte denn auch, dass sich sein Land mit radikalen Maßnahmen am eigenen Schopf aus dem Sumpf ziehen werde. Ein ehrgeiziges Sparpaket wurde präsentiert. Die griechische Bevölkerung, die ihre Pfründe schwinden sah, ging auf die Barrikaden und machte deutlich, dass sie sich mit allen Mitteln widersetzen würde. Im Frühjahr 2010 begannen die Regierungen der EU-Staaten dann erstmals, über ein Rettungspaket nachzudenken. Im April wurde ein Paket von 45 Milliarden Euro geschnürt, von denen 30 Milliarden von der EU und 15 Milliarden vom Internationalen Währungsfonds (IWF) kommen sollten. Doch es dauerte nicht lange, bis man einsah, dass diese Summe bei Weitem nicht ausreichem würde; außerdem scheiterte die Aktivierung des Pakets am Widerstand Deutschlands.

Rettungspaket über 750 Milliarden Euro

Am Wochenende des 7. Mai 2010 wurde dann auf einem besonderen Gipfeltreffen der EU-Länder in Brüssel endlich ein Rettungspaket verabschiedet. Bis die Maßnahmen verkündet werden konnten, wurden jedoch zahlreiche heiße Debatten geführt. Deutschland etwa achtete peinlichst darauf, dass das Rettungspaket auch verfassungskonform war. Kurz vor der Eröffnung der Tokioter Börse wurden die Verhandlungen erfolgreich beendet. Mit 750 Milliarden Euro sollte die Gemeinschaftswährung wieder stabilisiert und Euroländern mit zu großem Haushaltsdefizit unter die Arme gegriffen werden. Das Paket sieht folgendermaßen aus: Die

Regierungen der Euroländer stellen einem Fonds Garantien in Höhe von 440 Milliarden Euro zur Verfügung; dieser Fonds soll dann Anleihen emittieren und die Einnahmen als Kredite an die um ihre Existenz kämpfenden Mitgliedsstaaten weitergeben. Weitere 60 Milliarden Euro sollen aus dem Haushalt der EU fließen. 250 Milliarden Euro sollen vom IWF kommen.

Zum Scheitern verurteilt

Kritiker vermissen in diesem Rettungspaket nennenswerte Anreize für die Euroländer, sich an den Stabilitäts- und Wachstumspakt zu halten. Außerdem würde das Paket eine Schulden- und Deflations-Spirale in Gang setzen: Durch die erzwungenen Sparmaßnahmen müssten Löhne und Gehälter sinken und damit wiederum die Konsumkraft der Bevölkerung. Das würde den betroffenen Ländern weniger Steuereinnahmen bescheren, und die Schuldensituation würde sich so eher verschlechtern als verbessern. Das Paket macht zudem offenkundig, dass die für die Eurozone geltenden Vorschriften im Grunde nichts wert sind. Es ist davon auszugehen, dass bei der nächsten Krise die Regelungen ganz nach Bedarf erneut umgeworfen werden. Was dem Rettungspaket vollkommen fehlt, sind Mittel zur Förderung des Wachstums.

"Innerhalb von fünf Jahren wird sich jeder fragen, was das alles für ein Quatsch war – und weshalb man sich nicht sofort vom Euro getrennt hat."

Und noch etwas ist übersehen worden: Die Verschuldung betrifft nicht nur die "Club Med"-Länder der EU, sondern weltweit einen Großteil der Volkswirtschaften, allen voran die Vereinigten Staaten und Japan. Auch Deutschland war und ist nicht gerade ein Musterknabe, wenn es um sparsames Haushalten mit den öffentlichen Geldern geht. Aber um beim Sorgenkind Griechenland zu bleiben: Trotz Rettungspaket drehte sich die Abwertungsspirale weiter. Die Citigroup etwa schloss griechische Anleihen aus den bedeutendsten weltweiten Anleihenindizes aus.

Geht es wirklich nicht ohne den Euro?

In der verfahrenen Situation werden Rufe nach einem Austritt defizitärer Länder aus der Eurozone laut. Welche Lösungen gibt es?

- Griechenland kehrt zur Drachme zurück: Es käme zu einer Abwertung der griechischen Währung gegenüber dem Euro. EZB oder IWF müssten Umstellungshilfen leisten, damit das Bankensystem liquide bleibt. Griechenland müsste seine schwache Wirtschaft nicht mehr an die von ökonomisch mächtigen Staaten wie Deutschland binden.
- Deutschland verlässt die Eurozone: Die D-Mark erführe zunächst eine Aufwertung gegenüber dem Euro. Weil aus Deutschland aber eher Qualitäts- als Billigprodukte ausgeführt werden, sollte das die Exporte nicht belasten. Schwache Länder müssten von den Deutschen nicht mehr unterstützt werden. Importe würde
 dank Aufwertung billiger werden. Außerdem würden Auslandsreisen für deutsche Bürger günstiger.
- Es gibt wieder konkurrierende Währungen: Die Länder kehren zu ihren alten Währungen zurück, während die EU mitsamt ihrer Bewegungsfreiheit für Güter, Geld und Personen bestehen bleibt. Die Volkswirtschaften schwacher Staaten könnten von niedrigen Zinsen und Wechselkursen profitieren. Starke Staaten würden mehr importieren und damit ihre schwachen Nachbarn stärken. Als Finanzwährung könnte der Euro sogar erhalten bleiben, auch als zweite Währung neben der eigenen. Das würde die Länder zwingen, ihre nationale Währung zu stärken und nicht durch Überschuldung zu schwächen.

Die Weltwirtschaft nach dem Euro

Die Weltwirtschaft wird nicht in die Brüche gehen, wenn es den Euro nicht mehr gibt. Zunächst könnten sich die Geldmärkte wieder auf den Dollar konzentrieren. Da sich dieser in der Vergangenheit auch nicht als sehr stabil erwiesen hat, würden die Investoren auch auf Gold setzen oder auf den chinesischen Yuan, auf Rohstoffe oder auf etwas, an das noch niemand denkt. Die meisten EU-Staaten würden sich nach einer kurzen Durststrecke gut erholen und dank moderater Währungsabwertung wachsen; neue Arbeitsplätze würden entstehen. Wenn mehr gearbeitet wird, kann auch mehr konsumiert werden, wodurch die Wirtschaft weiter beflügelt würde. Die Steuereinnahmen der Staaten würden steigen und die Verschuldung würde sinken. Deutschland würde von seiner sicheren D-Mark profitieren, in die viele Investoren aus Angst vor den volatilen Fremdwährungsmärkten flüchten würden. Die Staaten würden für den eigenen Bedarf wieder selbst produzieren. Das Lohnniveau entwickelter und sich entwickelnder Länder könnte sich so nach und nach angleichen.

Über den Autor

Matthew Lynn ist Kommentator bei *Bloomberg TV*, Kolumnist bei *Bloomberg News* und *Money Week*. Er schrieb für die *Sunday Times* und arbeitet heute für den *Spectator* in London. Daneben ist er als Matt Lynn Autor mehrerer Thriller.